

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

132 (9.6.1906) Erstes Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementpreis: im Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 1.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 1.25 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Postfach 24.
Telefon: Nr. 128. — Postgebühren: Nr. 5144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionsbesprechung: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, aber deren Raum 30 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 11 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 132.

Erstes Blatt.

Karlsruhe, Samstag den 9. Juni 1906.

26. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfasst mit dem Unterhaltungsblatt 3 Blätter mit zusammen 8 Seiten.

Orden und Sozialdemokratie.

Die am nächsten Montag im badischen Landtag beginnenden Debatten über das Kultusbudget werden bereits ihre Schatten voraus. Gar gierig griff das offizielle Organ der badischen Zentrums-Partei, der kampfeslustige Beobachter, schon den ersten Artikel des Volksfreund, in welchem ein Freund anderer Blätter seine schroff ablehnende Stellung zur Importierung der Männerklöster in Baden präziserte, auf und prägte das logisch unfinnige Wort von der jungliberalen badischen Sozialdemokratie. Schwärzlich würde das führende Zentrumsblatt sich in die Ansicht eines einzelnen Sozialdemokraten in bezug auf die Zulassung von Männerklöstern, die auch von der Redaktion des Volksfreund durch den ausdrücklichen Vermerk, sie sei von befreundeter Seite um ihre Veröffentlichung gebeten worden, lediglich als die Meinung des Artikelschreibers gekennzeichnet wurde, so eigenartig verhalten haben, wenn es nicht wüßte, es liegt genügend politischer Hintergrund vor, um die vorhandene Enttäuschung über den geistigen Terrorismus und die allbekannte religiöse Unzulänglichkeit in hellen Flammen aufblenden zu lassen. Infolfern also ist die bewiesene Aufregung des Beobachters ein gut Teil Befremdung der eigenen Schuld.

Wenn bei den Kultusdebatten in der nächsten Woche nur die knappe Hälfte der Kampfsprachen, die bei den Haupt- und Stichwahlen im Herbst vor Jahren und nicht zuletzt noch bei sämtlichen Nachwahlen in die erregten Wählermassen geschleudert wurden, ein lautes Echo findet, dann haben wir Debatten zu erwarten, wie sie der badische Landtag seit langem nicht erlebt hat. Wir sagen: Wenn! Und gestehen wir heute selbst ganz offen, daß unsere nicht einmal fähige Prophezeiung schwerlich ganz Wahrheit werden wird. Während nämlich am Beginn der diesjährigen Landtagsession die beiden großen Parteien, Zentrum und Volk, unter den direkten jagarischen Einwirkungen des heißen Wahlkampfes in prinzipieller Schärfe ihren gegenseitigen Standpunkt wahrten, ist man im Laufe der letzten Woche und Monate mehr und mehr zu Kompromißbeschlüssen — z. B. in der Frage der Vermögenssteuer, der Schulvorlage, der Eisenbahnreform etc. — gekommen. Diese nicht neue Methode läßt im Laufe der Zeit ganz von selbst ihre „wohlthätige“ Wirkung aus und läßt im Interesse des gemeinsamen Zwecks schließlich auch die religiösen Gegensätze etwas in den Hintergrund treten.

Es ist möglich, daß wir uns täuschen; aufmerksame Beobachtung des Ganges der parlamentarischen Majorität hat uns indes diesen Gedanken schon des öfteren nahegelegt.

Um so größere Aufgaben treten alsdann an die sozialdemokratische Fraktion heran. Sie hat bei diesen Wankstellen der beiden bürgerlichen Parteien den Vorteil einer klaren, festen Weltanschauung. Sie ist nicht gebunden durch schwache oder unentschiedene Interessen der einen oder anderen Partei. Da sie aber in ausfallender Stellung sich befindet, wenn der Volk und das Zentrum lediglich auf ihre eigenen Stimmen abheben, ist ihre Verantwortung gewachsen. Das betonte auch ausdrücklich unser Artikelschreiber in Nr. 128 unseres Blattes, als er den Versuch unternahm, die künftige Stellung der badischen Sozialdemokratie bezüglich der uneingeschränkten Zulassung der kirchlichen Orden im Großherzogtum Baden kritisch zu erörtern.

Setzt man diese größere Verantwortung richtig voraus, weil die sozialdemokratische Fraktion als „das Bindeglied an der Waage“ nun einmal höhere Bedeutung erlangt hat, so ist damit nicht gesagt, daß sie eben deswegen eine neue Aufgabe, eine neue Taktik zu inaugurieren hat. Das würde geschehen, folgte sie willenlos den gesellschaftlichen Spuren des Verfassers der angezogenen Artikel in Nr. 128 und 129 des Volksfreund, die die Titel tragen: Die Zulassung der Orden und die Sozialdemokratie. Es mag zugegeben sein, daß sie in ihrer logischen Gliederung und im folgerichtigen Aufbau des Gedankenganges im ersten Augenblick für den schroffen Gegner des Ultramontanismus und der Hierarchie der katholischen Kirche etwas Bestechendes haben. Das hat auch die liberale Presse sofort erkannt und den beiden Artikeln hohe Beachtung geschenkt. So schließt der Mannheimer Generalanzeiger, nachdem er den Inhalt unserer Artikel wiedergegeben, mit der Bemerkung: Das ist eine sehr deutliche Abgabe an das Zentrum! Und die demokratische Frankfurter Zeitung fertigt den Beobachter wie folgt ab:

Wer objektiv liest und denkt, wird den in dem Artikel entwickelten Gedankengang durchaus nicht so infolgent finden, wie der Beobachter glauben machen möchte. Aber er paßt für seine Zwecke nicht und darum diskreditiert er ihn als „verbohrten antiultramontanen Standpunkt“.

Die Frankf. Zeitung spricht dann noch davon, daß das Zentrum, počend auf die sozialdemokratische Gegenerschaft gegenüber Ausnahmefällen schon bei verschiedenen Gelegenheiten diese Partei sich dienbar zu machen, „indem in der Ordensfrage auf ihre Hilfe“.

Das erstere wie das letztere öffentliche Käufung. Der Beobachter dominiert im Volksfreund der

legen, ganz offen erklärt, der Zentrums-Partei wäre es lieber, wenn die Sozialdemokratie sich gegen die Zulassung der Klöster erklären würde. Das Zentrumsblatt weiß sehr genau, daß in diesem Falle die „Partei für Wahrheit und Recht“ bei der strupelosen Befämpfung der Sozialdemokratie gar leicht im Krüben sitzen könnte. Und was die Dienstbarmachung der Sozialdemokratie für angestrebte Ziele des Zentrums anbelangt, so weiß die Frankfurterin so gut wie wir, daß die Parteien ihre prinzipielle Stellung zu gesetzgeberischen Vorschlägen nicht davon abhängig machen und nicht davon abhängig machen können, ob die eine oder andere der gegnerischen Parteien jeweils davon Nutzen oder Schaden hat.

Die sachlichen Argumente des Mannheimer und des Frankfurter Blattes können also nicht bestimmend für die Haltung der badischen Sozialdemokratie in der Ordensfrage sein. Maßgebend ist für sie ihre bisherige parlamentarische Haltung gegenüber jedem Ausnahmefall und maßgebend ist der Punkt 6 des 2. Teils des sozialdemokratischen Programms, welcher bekanntlich lautet:

Wir fordern: Erklärung der Religion zur Privatsache, Abschaffung aller Anwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.

Aus diesen beiden Leitlinien entwickelt sich logischerweise von selbst die Frage: Sind die Bestimmungen des § 11 des Gesetzes vom 9. Oktober 1860, die Nichtzulassung der Orden in Baden betr., ausnahmsweise gültig? Sollen unter das selbe Rubrum die bekannten §§ 16b und 16c des badischen Kirchengesetzes, den Mißbrauch des geistlichen Amtes betr.? Diese Frage muß mit

beantwortet werden. Man kann drehen und drehen, wie man will, die angezogenen Bestimmungen stellen für eine Klasse der Staatsbürger ein besonderes Recht dar, das außerhalb des gemeinen Rechts liegt. Und damit ist die Stellung der Sozialdemokratie von selbst gegeben.

In einem zweiten Artikel wird zu untersuchen sein, in welchem Sinne die zunehmende Haltung der Sozialdemokratie zur Aufhebung aller Ausnahmefälle aufzufassen ist.

Die Münchener Lehrerversammlung.

H. Sch. Wenn das Wort „Ende gut, alles gut“ wahr wäre, so dürfte man mit dem Ergebnis der soeben beendeten deutschen Lehrerversammlung in München sehr zufrieden sein, denn die zweite und letzte Hauptversammlung schloß mit dem Worte: „Es stünde besser um Deutschland, wenn jeder Deutsche den Mut der eigenen Überzeugung hätte.“ Aber der dies Wort sprach, stand damit nicht im Einklange mit der übergroßen Mehrheit der deutschen Lehrerversammlung, sondern er schandete es gerade dieser Mehrheit im lodernden Jörn empörter Mäulichkeit ins Gesicht, weil sie sich nicht damit begnügt hatte, eine kleine tapfere Minderheit niederzustimmen, sondern weil sie diese auch noch im Schlußwort in unerhörter Weise brüskierte.

Die vorausgehenden gewesen war, bildete den eigentlichen Hauptpunkt des diesjährigen deutschen Kongresses der Streit um die Simultan- und Konfessionsschule. Um sie war seit zwei Jahren der Kampf in der Presse und in den Versammlungen der deutschen Lehrervereine gegangen; man hatte sich davon eine gewisse Wirkung auf den gleichzeitigen Schulkampf in Preußen versprochen. War das Feldgeschrei der preussischen Schulreaktion gewesen „die Konfessionsschule“, so stellten die deutschen Volksschullehrer bei der Parole „die Simultan- und Konfessionsschule“ gegenüber der Lehrerversammlung klar und durch viele Reden immer wieder hindurch, daß man von der Simultan- und Konfessionsschule die Befreiung der Schule von der Kirche erwartet. Alle liberalen Redner, die dieses Thema dartraten, erzielten deshalb auch stimmlichen Beifall. Nun ist aber die Simultan- und Konfessionsschule, die keineswegs die Trennung der Schule von der Kirche herbeiführt, sondern auch noch bei der Konfessionsschule ein Mitbestimmungsrecht der kirchlichen Konfessionen auf die Schule, zum mindesten auf den Religionsunterricht, zuläßt. Der Korreferent zu dieser Frage, der in einer von seinem Standpunkte aus nicht ungeschickten Weise für die reine Konfessionsschule eintrat, hatte so unrecht nicht, wenn er der Simultan- und Konfessionsschule die Vorwürfe vorwarf; wenn der Redner im Religionsunterricht, so ungefähr argumentierte, die streng konfessionelle Auffassung vertritt, während der Redner für die profanen Unterrichtsgegenstände, z. B. für Geschichte, in simultaner Weise unterrichtet, so wirkt diese verheerende Auffassung verwirrend auf das Kind. Andererseits ist natürlich die Forderung der Konfessionsschule, die der Korreferent vertrat, vom Standpunkte der modernen Welt- und Lebensauffassung noch viel unberechtigt. Es ist bekannt genug, daß es die Bremer und die Hamburger Redner waren, die in dieser kritischen Situation das erlösende Wort sprachen. Sie erklärten sich gegen die Konfessionsschule, aber auch gegen die Simultan- und Konfessionsschule, statt dessen verlangten sie die weltliche Schule, also Abschaffung des Religionsunterrichts.

Das war in den Augen der traditionellen liberalen Schulpolitik, die die Führung des deutschen Lehrervereins in Händen haben, eine große Rederei und auch die große Macht der

die gewohnheitsgemäß hinter den Führern und ihren Schlagworten hertrötelte, wurde angeht des Bremer und Hamburger „Radikalismus“ von anglistischem Gestalt besessen. Man hätte angeht des Vorgänge in Preußen freilich etwas anderes erwarten sollen. Wenn die Lehrer so tapfere Vorkämpfer und Feinde der Reaktion sind, als welche sie auch in München wieder, besonders in den Begrüßungskreden, gefeiert wurden, so hätte man von ihnen erwarten müssen, daß sie auf den einen Schmelzen der preussischen Schulreaktion mindestens anderthalb gefeiert hätten. Gerade in München, unmittelbar nach der Annahme des preussischen Schulgesetzes durch das preussische Abgeordnetenhaus, hätten sie erklären müssen: wir sind bisher „maßvoll“ gewesen, übersehen, wir haben auch die Brücke zur Verständigung geöffnet; wir Lehrer, die wir von den nichtpädagogischen Verschleppern der preussischen Volksschule nicht einmal um Rat gefragt worden sind, haben euch ungefragt auf das infandigste gebeten, der Schule nicht die ärgste Schande anzutun, wir haben uns deshalb bisher auf die beschriebene Forderung der Simultan- und Konfessionsschule beschränkt, einer Schulgattung, die ja schon längst existiert, und die nirgendwo Unheil angerichtet hat; aber — so hätten die Lehrer in München fortfahren müssen — ihr habt nicht auf uns gehört, ihr habt die Simultan- und Konfessionsschule in ihren geringen Anfängen zum Hungertode verurteilt, ihr wollt grundsätzlich die Schulreaktion, also wollen wir auch grundsätzlich den Schulfortschritt, also beschränken wir uns fürberhin nicht mehr auf die laue Forderung der Simultan- und Konfessionsschule; fort mit aller staatsmännischen Rechenschaftsträgerei, fort mit aller demütigen Kompromißlosigkeit, wir wollen völlige Trennung von Schule und Kirche, wir wollen die rein weltliche Schule!

So hätten die Lehrer in München sprechen müssen, und der Antrag der Bremer und Hamburger Lehrer hätte dazu die Handhabe geboten. Aber die Bremer und Hamburger sind allein geblieben. Wohl hat man ihnen eine längere Redezeit eingeräumt, und der bremische Lehrer Holzmeier hat von den ihm eingeräumten 20 Minuten einen vorzüglichen Gebrauch gemacht. Auf Einzelheiten konnte er sich nicht einlassen, dafür sprach er in großen Zügen unerhört und freimütig Ideen aus, wie sie auf einer deutschen Lehrerversammlung noch nicht laut geworden sind. Gegenüber dem Straßburger Professor Hegler, der auch trotz aller schönen Worte über Demokratie, Sozialismus und Individualismus vor den Konsequenzen seiner radikalsten Forderungen zurückgewichen war, betonte Holzmeier unter geschickter Fortführung eines von Hegler gebrauchten Beispiels aus dem alten Kommando die Notwendigkeit, von Selbstheiten zur entschlossenen ganzen Arbeit überzugehen. Mit Mißgunst drückte auf all unser Streben nach Freiheit die Gewalt der Kirche und des Christentums. Gegen diese Mißgunst helfe nur ein ebenso großer Mißgedanke: Die Volksschule soll nicht christlich sein, niemand soll das Recht haben, im Namen der Kirche der Volksschule Vorschriften zu machen. Es war deutlich zu hören, wie diese feierlichen Worte der Mehrheit der Lehrerversammlung jedes Entgegen einflößten. Aber Holzmeier fuhr fallblütig fort: Der Gedanke sei nicht so unerhört, wie er scheint, auch unsere Unwissenheiten seien nicht christlich, auch sei es lange her, daß die Philosophie die Magd der Kirche war; es sei ferner nicht unerhört, daß unsere Kunst und Wissenschaft, daß die Poesie, Goethe, Schiller nicht christlich seien. Der von der Kirche freie Geist solle jedoch nicht nur herrschen in unseren Universitäten, er solle herrschen in unserer letzten Dorfschule. Dann nur habe der Gedanke der Einheitschule seine Berechtigung, wenn er die Schule vom Kindergarten bis zur Universität umfasse, und wenn er das gleiche Recht für alle festsetze. Der Redner streifte mit scharfen Worten die Rückständigkeit der bundesstaatlichen Wahlsysteme, die das Mitbestimmungsrecht des Volkes an der Schule ausschließen. Einen großen Sturm der Entrüstung erregte er, als er mit kühnen Worten die Bibel als Quelle für den Sittenunterricht, den unsere Zeit gebrauche, ablehnte; es gebe in der Bibel kaum einen einzigen sittlichen Grundsatz, den man für die Bedürfnisse der Gegenwart nicht erst zurechtfinden müsse. Der Redner schloß mit der Aufforderung, alle Furchtsamkeit fahren zu lassen und die weltliche Schule zu verlangen. „Sie haben die Götter der Zukunft an Bord!“

Ueberauswundernde Weise erzielte der Redner, der schon während seiner Ausführungen abwechselnd durch Beifall und durch Fischen unterbrochen worden war, am Schluß lebhaften und anhaltenden Beifall, der allerdings weniger aus den Reihen der Delegierten als aus denen der vielen Zuhörer bestand. Die Diskussion drehte sich fortan vorwiegend um die „radikalen“ Ideen aus den beiden Gausstädten; teils suchte man in kleinlicher Polemik damit fertig zu werden, wie der Berliner Lehrer Regel, dem sich auch Professor Hegler anschloß, teils versuchte man die Bremer Anregungen enger zu würdigen, so der bremische Schullehrer Scherer und der Münchener Lehrer Gutmann, der sich sogar prinzipiell auf den Boden der Bremer Resolution stellte, aber — leider! — aus den üblichen „tätlichen“ Erwägungen die Resolution des Referenten empfahl. Im Sinne Holzmeiers sprach noch scharf und klar der Hamburger Lehrer Paulsen, während ein bremischer Schullehrer, der von den pädagogischen Mißschritten in Bremen geschickelt worden war, vergeblich den Eindruck der Holzmeierschen Rede abzumildern suchte.

Nun durfte man die Abstimmung gespannt sein. Die historische Stellung der Versammlung, die in der liberalen Gänzen lag, und

der man das Fehlen des ruhigen, objektiven Clausenier sehr anmerkte, mußte zu verhindern, daß positiv über die Forderung der weltlichen Schule abgestimmt wurde. Sie beantragte ein bloßes Abstimmungsüber die Thesen des Referenten, wodurch alle übrigen Anträge erledigt sein sollten. Trotz heftigen Protestes der Hamburger und Bremer beschloß die Versammlung mit überwältigender Mehrheit im Sinne des Präsidiums und verbinderte damit ein mutiges Befehnis zur weltlichen Schule, so klein die Minorität dafür auch immerhin sein mochte. So beschränkten sich die etwa 12 Mann umfassenden Bremer und Hamburger Delegierten darauf, gegen die Thesen des Referenten, die natürlich mit tosendem Beifall angenommen wurden, zu stimmen.

Aber die Sache hatte noch ein Nachspiel. In seinem Schlußwort konnte der zweite Vorsitzende, der freisinnige bayerische Landtagsabgeordnete Schubert, sich nicht verhalten, nochmals sachlich auf die verhandelten Gegenstände einzugehen und nachträglich seine Meinung über die Anträge der Hamburger und Bremer zu sagen. Er schwang sich hierbei zu der unerhörten Brüstung auf, diese Anträge als unreife Produkte hinzustellen. Trotz lebhaften Protestes der Bremer und Hamburger gegen diesen schändlichen Mißbrauch des Schlußwortes griff der erste Vorsitzende nicht ein und Herr Schubert redete provozierend weiter. Da riß den Hamburger und Bremer Delegierten, darunter alten Herren wie Scheel und Wolgast, die Geduld und unter Protestrufen verließen sie den Saal. Nur der Vorsitzende des bremischen Lehrervereins, der wie Holzmeier vom bremischen Senate gemahnelte Lehrer Kiedel, ertrug sich ein Wort der Abwehr noch nach dem Schlußwort, und er war es, der den deutschen Lehrern die eingangs zitierte Mahnung zurief, besser als bisher zu ihrer Ueberzeugung zu stehen. Wie ein Weitschiff muß diese Bemerkung auf die zahlreichen Lehrer gewirkt haben, die im Herzen mit den Bremer und Hamburger einverstanden sind, aber nicht wie diese den Mut haben, ihrer Ueberzeugung offen und ehrlich Ausdruck zu geben.

So schloß der zweite Tag mit einem Mißklang, wie es auch am ersten Verhandlungstage nicht ohne Mißklang abgegangen war. Die Vertreter in der Frage hat die deutsche Lehrerversammlung leider ebenfalls nicht im Sinne wirklichen Fortschritts erledigt. Sie will die Lehrerinnen zwar bilden in der Schule, aber sie schätzt die Fähigkeit der Frau für die öffentliche Erziehung so sehr viel geringer ein als die des Mannes, daß Selene Lange, die bekannte Vorsitzende des Volksschullehrerinnenvereins mit Recht sagen durfte, die vorgeschlagenen Thesen bedeuteten eine Beleidigung für die Lehrerinnen. Trotz aller versöhnlichen Worte klang aus dem Referat und aus den Reden der meisten Diskussionsredner deutlich der ablehnende Standpunkt des herrschenden Mannes, der nichts von seinen Privilegien abgeben will, hervor. Die Lehrerinnen werden gegen die auch in der geschäftsbildungsmäßigen Erlebung dieser Frage zum Ausdruck gekommene Unzulänglichkeit der Lehrerversammlung in einer besonderen Versammlung Protest erheben.

So kann man die diesjährige deutsche Lehrerversammlung nicht mit einem Gefühl der Befriedigung verlassen. Der alte, seit Jahrzehnten vorherrschende Geist der basenberigen, liberalen Rechnungsträgerei und die Furcht vor den etwaigen „Folgen“ hat sich auch in München wiederum siegreich behauptet. Aber der große Fortschritt, den der diesjährige Lehrertag vor den früheren bedeutet, ist die Tatsache, daß zum ersten Male gegen den Geist der Furchtsamkeit und gegen das traditionelle gemächliche Weitersehlerndenergiehig und ausdrücklich Stellung genommen worden ist. Was Hegler gegenüber der preussischen Schulreaktion mit größerem Rechte von sich sagen: Die Besiegten von heute werden die Sieger von morgen sein! Die weltliche Schule ist die Forderung der größten Kultur- und Bewegung unserer Zeit, der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Und so gewiß die Sozialdemokratie zum Siege gelangen wird, so gewiß wird auch die weltliche Schule siegen!

Badische Politik.

Uniformschmerzen.

Ein wahres Wort sprach über dieses jammervolle Kapitel neudeutscher Entwicklung der Abg. Lehner am Mittwoch in der Kammer. Seine treffenden Ausführungen fanden die lebhafteste Zustimmung des Hauses. Er sagte: Es hat mich eigentümlich berührt, daß auch hier wieder Petitionen eingekommen sind um Anschaffung von Uniformen. Wenn ich derartige Petitionen lese, so muß ich immer denken, die Leute sind doch schlecht unterrichtet über das, was in ihrem Interesse liegt, denn das werden sich doch die Leute, die solche Petitionen einreichen, selbst sagen müssen, daß man leicht auf den Gedanken kommt, daß Leute, die um Uniformen petitionieren, nicht in einer sehr schlechten Lage sein können (sehr richtig!), denn Leute, die mit den Sorgen und der Not des Lebens ringen müssen, und die wirklich bedrängt sind, die kommen nicht auf die Idee, um Uniformen zu bitten (sehr gut!). Ich möchte das einmal sagen, nachdem wir in jedem Landtage derartige Uniformschmerzen zu hören bekommen haben; da kommt der eine und will einen Umlegefragen haben statt eines Stieftragens und dann kommt der andere und will einen Stieftragen haben statt eines Umlegefragens, und wieder ein anderer

